

# ISOR

## aktuell

\* Nummer 2/2025 \* 33. Jahrgang \* Februar 2025 \*

**MITTEILUNGSBLATT**  
der **Initiativgemeinschaft**  
zum **Schutz der sozialen**  
**Rechte ehemaliger**  
**Angehöriger bewaffneter**  
**Organe und der Zoll-**  
**verwaltung der DDR e. V.**

\* AUS DEM INHALT \*

S. 2/3 WAHLPRÜFSTEINE

S. 3 AUS DEM VORSTAND

S. 4 DER FRIEDENSKAMPF  
BRAUCHT UNSERE  
SOLIDARITÄT

S.5 NIE WIEDER -  
80 JAHRE NACH DEM  
SCHWUR VON TORGAU



## Zum 75. Jahrestag des Ministeriums für Staatssicherheit



**Zu Aufgaben, zur Bedeutung des MfS, zur Verleumdung des Geheimdienstes des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, der als Reparationsleistung u.a. durch den Uranbergbau mit dazu beigetragen hat, das US-Atomwaffenmonopol zu brechen, wurde schon viel geschrieben.**

### Aktuell bestätigt die Zunahme

- der sehr unterschiedlichen, aber weltweit sich massiv verstärkenden Terror-Maßnahmen,
- der westlichen Organisation des „Auswechslens“ von Regierungen, die sich dem Hegemon nicht beugen,
- des Versuchs der Erringung des Meinungsmonopols,
- des Einsatzes neuer elektronischer Mittel und Methoden bis hin zur KI usw.,

wie wichtig ein effizienter Geheimdienst auch nur aus der Defensivfunktion der Aufklärung der Pläne des Gegners und der Abwehr seiner Aktionen ist.

Das MfS hat als Geheimdienst wirksam und mit legalen Mitteln dazu beigetragen, dass die Pläne des Westens, die Deutsche Demokratische Republik zum Zusammenbruch zu führen, nicht aufgegangen sind. Die DDR konnte sich 40 Jahre friedlich entwickeln und den Bürgern soziale Sicherheit bieten.

Der Zwang dieses sozialen Schaufensters DDR war es, der den Westen zwang, seinen Bürger einen „lukrativeren Staat“ vorzugaukeln und dafür einen Teil der Profite zu opfern. Der Hass auf das MfS kulminierte 1989/1990 im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Regimewechsels. Es herrschte eine Pogromstimmung;

massenhafte Anklagen, gesetzliche Knebelungen u.a. mehr sollte die Mitarbeiter des MfS brechen.

Wir haben uns zusammen mit den Angehörigen der anderen bewaffneten Organe organisiert, um für Rentengerechtigkeit zu kämpfen. Mit hohen Aufwänden sind wir den Rechtsweg gegangen und gegen die härtesten sozialen Repressionsmaßnahmen erfolgreich vorgegangen. Das gravierende Unrecht konnten wir jedoch nicht beseitigen. All das und die verschiedenen Schritte sind unserer Mitgliedschaft in ISOR weitestgehend bekannt. Inzwischen sind 35 Jahre nach der Auflösung des MfS vergangen. Der Masse der Bevölkerung Deutschlands, besonders der jüngeren Generation, ist das Rentenstrafrecht nicht bekannt.

Im Westteil Deutschlands war man nach der Wende durch den erfolgreichen Kampf um die Köpfe entsprechend gepolt oder desinteressiert. In der DDR gab es eine Erscheinung, die treffend mit „Wendehals“ bezeichnet wird. Viele schlossen sich der Verfemung des MfS, des Staates DDR und seiner Staatsorgane an, im Glauben, sich Vorteile zu verschaffen.

Zum 8.2.2025, dem 75. Jahrestag des MfS haben wir als ISOR in 12/24 vor den bevorstehenden Wahlen einen Brief an die Parteien geschrieben, der das Thema Rentengerechtigkeit den Politikern darlegt, die möglicherweise nie etwas von Rentenstrafen und Missbrauch des Rentenrechtes vernommen haben. Wir haben um Antwort gebeten. Nachstehend zum 75. Jahrestag des MfS euch den Brief zur Kenntnis. Für euch und für unser Umfeld kann das eine Hilfe für die bevorstehende Wahlentscheidung sein.

Der Brief an Die Linke, BSW, DKP, FDP, CDU/CSU, Bündnis 90/Grüne, SPD, AfD hat nachfolgenden Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl erlaube ich mir, Ihnen im Interesse der Mitgliedschaft des Vereins ISOR e.V. eine Frage zu stellen.

Wie stehen Sie zu den Rentenkürzungen gegenüber den bewaffneten Kräften der DDR? Gern würde ich Ihre Antwort unseren Vereinsmitgliedern und deren Familien, die überwiegend wegen der Rentenkürzungen Hilfe geben müssen, zur Kenntnis bringen.

Da Ihnen möglicherweise die Fakten zu den §§ 6 Absatz 2 und 7 des Anspruchs- und Anwartschafts-Überführungsgesetzes AAÜG nicht bekannt sind, nachstehend schlagwortartig:

- die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, also die Polizisten, die Soldaten der Volksarmee und Grenztruppen, die Soldaten des MfS haben zu DDR-Zeiten von ihrem Einkommen für eine Altersvorsorge **10% ihrer gesamten Bezüge eingezahlt. Diese Regelung war gesetzlich verankert im Sinne einer Beamten-ähnlichen Altersvorsorge.**

• Ein Schließen dieser DDR-Regelung mit der Wende, also ein Beenden der Einzahlung beim Übergang in die Gesetzlichkeit der Bundesregierung ist ein normaler Fakt. Schließen mit Streichen und Ignorieren gleichzusetzen ist etwas anderes. **Die Obengenannten wurden in die gesetzliche Rentenversicherung „überführt“ oder anders ausgedrückt,**

**Ihnen wurden ihre eigenen Einzahlungen in die Altersvorsorge geraubt!**

• Zudem jedoch mit einem Verweis auf die letzte DDR-Volkskammer, also der Opposition der vormaligen DDR-Regierungen, hat man die Rentenzahlungen an diesen Kreis einer zweiten Kürzung unterzogen und weiter massiv begrenzt. Dabei war der Bezug auch zur **letzten Volkskammer der DDR falsch**. Diese letzte Volkskammer hatte eine **Begrenzung auf 1,47 Rentenpunkte** vorgesehen, wurde **seitens der Bundesrepublik jedoch auf bis zu 0,7 Rentenpunkte abgesenkt** (Siehe noch offene Petition **pe t 3-20-II -8228-01.0791** des Stellvertreters des Ministeriums des Innern, Generalmajor a.D. Hartwig Müller). Wir als ISOR haben die juristischen Möglichkeiten bis zum **Bundesverfassungsgericht** ausgeschöpft, welches **1999** anerkannte und **das Parlament beauftragte, dieses Rentenunrecht gegen die verschiedenen Gruppen zu beenden**, den Angehörigen des Ministeriums des Innern, der Armee und Grenztruppen bis zur Beitragsbemessungsgrenze Renten zu gewähren und den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit mindestens 1,0 Rentenpunkte zu gewähren. **Diese Festlegung ging von der Annahme aus, das MfS habe überhöhte Einkommen bezogen. Diese Annahme war damals nicht fundiert oder untersetzt.**

• Nach dem Informationsfreiheitsgesetz hat ISOR die kompletten Daten der Angehörigen der drei bewaffneten Organe der DDR von der Deutschen Rentenversicherung anonymisiert erhalten, verglichen und **bestätigt:**

es gab **keinen Unterschied** in der Besoldung der drei Gruppen. Die Gehaltsdaten, die seitens der Hasser des MfS unter dem Namen „Nierenspende.de“ 1991 veröffentlicht wurden (bewusste Verfälschungen dabei unter 2%) sagten das schon aus.

Die Gehaltszahlungen waren in den drei Organen weitestgehend identisch und beruhten auf identischen Besoldungsordnungen. Es wurden hierbei mehr als 1000 Analysen erstellt. Korrelationen zu Bildungsstand, Dienststellungen, Dienstgraden, Dienstzeiten, Lebensalter, Jahrescheiben usw. sagten immer Analoges.

**Ein sozialwissenschaftliches Gutachten von unabhängigen Gutachtern bestätigte die Aussage, es gibt keine Unterschiede in der Besoldung.**

Unterschiede gab es zu Beginn. 1945 gab es nur die Polizei. Das MfS wurde aus 1950 aus Personen mit großer Lebenserfahrung und damit hohem Altersdurchschnitt aufgebaut. 1956 wurde die Volksarmee im Ergebnis der Bildung der Bundeswehr geschaffen. Auch hier waren es zunächst langjährig Dienende aus den Einheiten der kasernierten Volkspolizei, die übernommen worden sind. Eine Angleichen der Altersstruktur, Bildungsstruktur und damit der Besoldung erfolgen in weniger als 10 Jahren. Das Bundesverfassungsgericht äußerte auf diese Anmerkung, dass es schon 1999 sagte, dem Gesetzgeber obliegt es zu handeln. Mit ihrem Urteil 1999 habe das BVerfG nur ungerechtfertigte Härten beseitigt.

• Die weiteren Details in der Rentenungerechtigkeit gegenüber den drei Gruppen will ich hier weglassen (u.a. erfolgen

Rentenzahlungen nicht nach dem steuerpflichtigen Brutto, sondern reduziert um alle Zulagen und Zuschläge. Professoren, hochspezialisierte Kriminalisten, Pathologen, Mediziner, Wissenschaftler, Generale erhalten Altersbezüge, die im Armutsbereich liegen).

• Verurteilte Mörder erhalten wertneutral Renten im vollen Umfang ihrer Einzahlungen in die Rentenkassen. Für Mitarbeiter des MfS ohne jegliche rechtskräftige Verurteilung gilt das nicht. Es wurden und werden soziale Strafen verhängt, wurden seit 1990 die Renten bewusst gekürzt, gelten keine Verjährungsfristen, gilt kein Rückwirkungsverbot bei Gesetzeshandhabung, sind diese Personen in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe gesetzlich ausgeschlossen, gab es Berufsverbote, die nach 1990 Wirkungen auf Einkommen und damit Renten hatten und haben.

Ein vernünftiges Regeln, zumindest für die ca. 10% der noch Lebenden, der ehemals mehr als 700.000 betroffenen Personen, zumindest ab jetzt und nicht rückwirkend, würden Lasten der Familien mildern und Lebensleistungen anerkennen.

Der Schutz der Bürger des Landes durch den Polizisten, den Kriminalisten, dem Tätigen in der Terrorabwehr (MfS) usw. war ihre Lebensleistung.

**Wie stehen Sie dazu? Gern geben wir Ihre Haltung zu dem Thema unserem Umfeld zur Kenntnis und freuen uns auf Ihre Antwort.**

*Hochachtungsvoll  
Joachim Bonatz, Vorsitzender*

**DIE LINKE., 30.12.2024**

**Sören Pellmann**

„Die Linke wird sich weiter für eine armutsfeste Rente einsetzen, die allen Rentnerinnen und Rentnern ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglicht und die Lebensleistungen in der DDR würdigt und berücksichtigt. Den Missbrauch der Rentengesetzgebung als Strafrecht gegen ehemalige DDR-Bürger lehnen wir strikt ab und werden ihm weiter Widerstand entgegensetzen. Zudem tritt die Linke für eine wirkliche Wiedervereinigung auch auf dem ökonomischen Gebiet zwischen Ost- und Westdeutschland ein. Denn durch die verheerende Deindustrialisierungspolitik der Treuhandanstalt und der damit verbundenen jahrelangen Massenarbeitslosigkeit und hohen Niedriglohnquote sind be-

sonders viele Ostdeutsche von Armutsrenten bedroht.“

\* \* \*

**DKP, Berlin, 3. Januar 2025**

**Patrik Köbele**

„vielen Dank für Deinen Brief vom 2012. Für uns als DKP ist klar, dass wir bei unseren bisherigen Positionen bleiben: Wir stehen für eine Rente für alle, die im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Bei dieser Rente sind die Lebensleistungen zu berücksichtigen. Selbstverständlich gilt dies auch für alle Rentnerinnen und Rentner, die ihr Berufsleben oder einen Teil davon in der DDR verbracht haben. Jede Benachteiligung ist hier auszuschließen, muss rückgängig gemacht bzw. entschädigt werden. Das gilt natürlich auch für die sogenannten „Strafrenten“,

die wir strikt ablehnen. Es darf nicht zulässig sein, dass das Rentenrecht als Mittel der politischen Bestrafung eingesetzt wird. An diesen Positionen der DKP ändert sich erst recht Nichts in Zeiten, in denen alles Soziale, die Infrastruktur einem reaktionärmilitaristischen Umbau der Gesellschaft geopfert wird. Lieber Joachim, wir freuen uns darauf, auch im Jahr 2025, mit Euch gemeinsam auf der richtigen Seite der Barrikade zu stehen. Wir sehen uns hoffentlich am LLL-Wochenende in Berlin.“

*Viele Grüße  
Patrik Köbele Vorsitzender der DKP*

\* \* \*

**BSW  
Bisher keine Antwort**

CDU/CSU, Berlin, 20.01.2025

Sehr geehrter Herr Bonatz,

vielen Dank für das Interesse an unseren Positionen und die Einsendung Ihres Wahlprüfsteins zur Bundestagswahl 2025. Angesichts der sehr verkürzten Zeiträume in diesem Bundestagswahlkampf haben sich die Generalsekretäre der Parteien CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke darauf geeinigt, nur Wahlprüfsteine von einigen wenigen vorab gemeinsam vereinbaren, die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums repräsentierenden Verbänden und Organisationen zu beantworten. Darüber hinaus bearbeiten die Parteien eine begrenzte Anzahl an Wahl-O-Mat-Formaten, die ebenfalls gemeinsam vorab ausgewählt wurden.

Wir bitten Sie um Ihr Verständnis für das angepasste Verfahren in dieser besonderen Situation und möchten Sie herzlich dazu einladen, in Ihren Zeitschriften und auf Ihren Webseiten auf das Wahlprogramm von CDU und CSU hinzuweisen, das wir gerne beifügen. Dieses und weitere Informationen zum Bundestags-

wahlkampf finden Sie auch auf unserer Homepage <https://www.cdu.de>

Herzlichen Dank und freundliche Grüße

*Gabriele Hopp, Hauptabteilung  
Politik und Programm, Konrad-Adenauer-  
Haus, CDU-Bundesgeschäftsstelle*

\* \* \*

SPD

Bisher keine Antwort

\* \* \*

FDP, Berlin, 20.12.2024

Team Lindner

Sehr geehrter Joachim Bonatz, herzlichen Dank für Ihre wichtigen Impulse. Aufgrund der Zuständigkeit der Partei, was die Erstellung des Wahlprogramms angeht, leiten wir Ihre E-Mail an das Hans-Dietrich-Genscher-Haus weiter (im cc).

Der zuständige Mitarbeiter in der Bundespartei, Brendon Karic, wird Ihre Positionen in den Programmprozess einfließen lassen und steht Ihnen bei Rückfragen unter [brendon.karic@fdp.de](mailto:brendon.karic@fdp.de) zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen ein frohes und gesundes Neues Jahr und hoffen, Sie hatten einen schönen Jahreswechsel und angenehme Feiertage!

Mit freundlichen Grüßen

Team Lindner

\* \* \*

Bündnis 90 / Grüne

bisher keine Antwort

\* \* \*

AfD

bisher keine Antwort

\* \* \*

Die Briefe an die Parteien sind eine Möglichkeit, unsere Rechte in den Wahlkampf einzubringen und den Parteien ihre Positionen zur Anerkennung des Rentenunrechts und dessen Beseitigung abzufordern. Die Entwicklung der Reaktionen der Parteien werden wir weiterverfolgen und sich ergebende Ansatzpunkte für den politischen Kampf gegen das Rentenunrecht nutzen.

## \* \* \* AUS DEM VORSTAND \* \* \*

### Kurzinformation Vorstandssitzung vom 22.01.2025

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Veränderungen im Vorstand der ISOR e. V. sowie die Satzungsänderung durch das Amtsgericht vorgenommen wurden. Die durch den Vorsitzenden der TIG Strausberg auf der außerordentlichen Vertreterversammlung vorgetragenen Probleme wurden in einer Vorstandssitzung der TIG mit dem Vorsitzenden Joachim Bonatz und der Geschäftsführerin Anja Mewes einvernehmlich geklärt. Die Landesbeauftragten berichteten über die Lage in ihren Bundesländern. Der Schatzmeister Bernd Hartmann informierte über die Struktur und berichtete über die

finanzielle Lage in ISOR e. V. in 2024 und stellte die Planung für das Jahr 2025 vor. Der Vorsitzende informierte über den Stand der Briefe an die Parteien zur Bundestagswahl. Der Vorstand beschloss, den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Herbert Kranz und Hartmut Schuchardt die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Der Vorstand beriet über die politischen Höhepunkte und Aktivitäten in 2025 (75. Jahrestag der Bildung des MfS, Konferenz des OKV „Frieden mit Russland“, Elbe-Tag in Torgau und 80. Jahrestag der Befreiung). Die Mitglieder der ISOR sind aufgerufen, sich zahlreich zu beteiligen.

### PODIUMSGESPRÄCH

Am 11.02.2025, 19:00 Uhr, im Spionagemuseum Berlin, Leipziger Platz 9, 10117 Berlin aus Anlass des 75. Jahrestages des MfS (Eintritt frei)

Das Spionagemuseum Berlin dazu: Zeugnisse aus einem verschwundenen Geheimdienst

Einer der erfolgreichsten wie auch gefürchtetsten Geheimdienste begeht am 8. Februar 2025 seinen 75. Jahrestag – das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Grund genug, um mit hochrangigen Vertretern des MfS, dem Aus-

landsgeheimdienst HVA, aber auch dem Bundesnachrichtendienst (BND) einen Blick auf 40 Jahre Geheimdienstarbeit zu werfen.

**TEILNEHMER:**

Heinz Engelhardt MfS-Generalmajor a.D.

Karl Rehbaum MfS-Oberst a.D.

Dr. Bodo Hechelhammer BND Historiker

**MODERATION:**

Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs Politologe

Gen. Heinz Engelhardt stimmt auf diese Podiumsdiskussion ein, indem er u.a. ausführlich:

### Mitgliederinformation

Mit Datum vom 19.12.2024 erfolgte der Registereintrag mit dem Aktenzeichen VR 12076B mit der laufenden Nummer 4, mit der Bestätigung der Ergebnisse der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 18.09.2024. Das betrifft sowohl die aktualisierten Vertretungsberechtigten und besonderen Vertretungsbefugnisse, als auch die Änderungen der Satzung, wodurch innerhalb einer Wahlperiode der Vorstand bei Ausfall eines im Vereinsregister eingetragenen Vorstandsmitgliedes einen Ersatz wählen darf.

Wenn es um das Thema Staatssicherheit der DDR geht, wird so getan, als hätte das MfS in der Geschichte Deutscher Geheimdienste ein Alleinstellungsmerkmal, sei de facto ein Unikat. Die Kritik am MfS blendet Kritiken an den Praktiken westlicher Geheimdienste fast völlig aus.

Auch aktuell steht die Frage, ob die Dienste in der BRD sinnvoll als Instrumente der Gesellschaft dienen oder nicht vielmehr eingesetzt werden, um Interessen der Politik durchzusetzen. Die Landesverteidigung der DDR war immer ein gesamtgesellschaftliches Anliegen.



# Der Friedenskampf braucht unsere Solidarität

Der Aufruf des Vereins Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. „Für eine atomwaffenfreie Welt“ vom Dezember vorigen Jahres war für uns Anlass, unsere Spendenaktion für diesen Verein aus dem Jahr 2023 im Jahr 2024 fortzuführen.

Der Vorstand fasste dazu den Beschluss und in einer Beratung mit den Betreuern und Funktionären unserer TIG haben wir die Spendenaktion vorbereitet. Im Juni führten wir für alle Mitglieder eine Veranstaltung zu den Erfordernissen und Aufgaben des Friedenskampfes mit der Vorsitzenden des Vereins Friedensglockengesellschaft, Anja Mewes, zur Unterstützung der Spendenaktion durch, die wir offen für Interessenten gestalteten und zu der wir unsere Partner des RotFuchs-Fördervereins e. V. und des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR eingeladen haben. Anja Mewes zog in

ihren Ausführungen eine eindrucksvolle Bilanz vielfältiger Aktivitäten des Vereins Friedensglockengesellschaft im Friedenskampf sowohl als Organisator eigener Veranstaltungen als auch als Unterstützer von Aktivitäten anderer Friedensgesellschaften und -vereine. Sie konnte bei unseren Mitgliedern die Überzeugung vertiefen, dass der Friedenskampf neben der politischen Unterstützung auch die finanzielle Solidarität erfordert. Gerade in der aktuellen Zeit, in der die Gefahr eines atomaren Weltkrieges noch nie so groß war, ist es geboten, die Anstrengungen im Kampf für die Wiederherstellung des Friedens in Europa und in anderen Konfliktgebieten sowie zur Abwendung eines atomaren Infernos zu erhöhen und diese Anstrengungen entsprechend unseren Möglichkeiten finanziell zu unterstützen. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten auch eine Zustimmung zur Erklärung des Präsidiums des OKV zur

Friedensinitiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Nachdem es uns 2023 gelungen war, einen Betrag von 1.085 € zu spenden (wir berichteten in der ISOR aktuell 02/2024 darüber, konnten wir mit unserer diesjährigen Spende das Ergebnis mehr als bestätigen und 1.152 € auf das Spendenkonto des Vereins der Friedensglockengesellschaft überweisen. Wir bedanken uns bei den Freunden der Regionalgruppe Leipzig des RotFuchs-Fördervereins e. V., die unsere Spendenaktion genau wie im vorigen Jahr durch eine Spontansammlung unterstützten. Wir danken allen beteiligten Mitgliedern und Sympathisanten unserer TIG für ihre gezeigte, lebendige Solidarität und sprechen den Helfern der Spendenaktion unsere Anerkennung aus. Wir Mitglieder der TIG Leipzig werden auch in Zukunft unsere Solidarität unter Beweis stellen.

**Gerald Böhm**

*Vorsitzender der TIG Leipzig*



## Mitglieder- und Jahresversammlung der TIG Dresden am 16.11.2024

Sie stand in diesem Jahr besonders unter Beachtung der gravierenden Veränderungen der nationalen und internationalen gesellschaftlichen Veränderungen. Auch die mit der Landtagswahl in Sachsen entstandenen Situation der neuen sich veränderten politischen Kräfte erfordert in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit neue Überlegungen der Zusammenarbeit.

Die Partei DIE LINKE in Sachsen zog nur durch zwei Direktmandate wieder in den Landtag ein, und das BSW erreichte mit 11,9 % den direkten Einzug ins Landesparlament.

Neben unseren ständigen Partnern, wie Dietmar Polster vom Runden Tisch „Rentengerechtigkeit“, RotFuchs-Fördervereins e. V., Verband der Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, GRH und der angrenzenden TIG`s, entschied sich der Vorstand, den Landesvorsitzenden Sachsen und die Stadtvorsitzenden der Partei DIE LINKE und gleichzeitig die Vorsitzende des BSW - Sachsen einzuladen. Leider konnte kein Vertreter der Partei DIE LINKE wegen des zur gleichen Zeit laufen-

den Landesparteitages teilnehmen. Der in Dresden neu gewählte Stadtvorstand hat jedoch uns zur Jahresversammlung eine Grußadresse geschickt und versichert, dass sie alles in ihrer Macht stehende tun werden, unseren Kampf um Rentengerechtigkeit aktiv zu unterstützen.

Vom BSW, welches in der Aussprache zur Regierungsbeteiligung gebunden war, hat der Regionalkoordinator in Dresden und Mitglied des Landesvorstandes Dr. Andreas Uhlig teilgenommen. In seinem Diskussionsbeitrag bedankte er sich, dass seine Einladung eine gute Voraussetzung ist, sich gegenseitig kennen zu lernen. In den Fragen von Frieden und Rentengerechtigkeit ist die Zusammenarbeit eine dringende Notwendigkeit. Er machte auch das Angebot zum ständigen Dialog, das wir natürlich angenommen haben. Damit hat unsere Versammlung auch ihr Ziel erreicht, dem anderen zuzuhören und Gemeinsamkeiten zur Grundlage der Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Die an die Spitze gestellte politische Situation sollte darstellen, unter welchen Bedingungen unsere Mitgliederjahresversammlung stattfand und nicht eine Wertung der Reihenfolge des Ablaufes.

Ein Höhepunkt der Mitgliederversammlung war die Auswertung der ISOR-Vollversammlung durch den neu gewählten Stellvertreter des Vorsitzenden ISOR und Landesbeauftragten Sachsen Gerald Böhm.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass die weitere Umsetzung der Führungskonzeption, unter Beachtung der Situationen in den TIG`s, weiterhin Gegenstand unserer Arbeit bleibt. Für uns als ISOR war auch wieder der Diskussionsbeitrag von Dietmar Polster hinsichtlich der Aktivitäten des Runden Tisches „Rentengerechtigkeit“ stimulierend, denn er zeigte, dass es noch viele Ansatzpunkte nicht unbedingt im rechtlichen, besonders aber im politischen Kampf um Rentengerechtigkeit gibt.

Die Informationen in der ISOR-Zeitung sind dazu immer aktuell nach zu vollziehen.

Die Mitgliederversammlung machte aber auch deutlich, allein durch die Teilnehmerzahl, dass wir immer mehr an die Grenzen unserer öffentlichen Aktivitäten kommen. Allein in unserer TIG sind 48,8 % der Mitglieder über 80 Jahre

alt und somit auch stärker in ihrer Mobilität eingeschränkt.

Wir können nicht mehr erwarten, dass unsere Mitglieder in größerer Anzahl öffentlich in Erscheinung treten. Auch in unserer Jahreseinschätzung zeigten sich die gleichen Probleme wie in anderen TIG`s hinsichtlich

- sinkender Mitgliederbestand, insbesondere durch Todesfälle
- Schwierigkeiten in der Besetzung aller Funktionen
- steigende Verbraucherpreise reduzieren die finanziellen Mittel für die Mitgliederbetreuung
- u.am.

Hierzu wurde in ISOR aktuell schon viel geschrieben und weitere Hinweise zur Gewährleistung unserer Arbeit gegeben. Deshalb möchte ich hiermit auch keine Wiederholungen tätigen.

Daraus ergibt sich, dass wir unsere Arbeit verstärkt auf die Festigung der persönlichen Kontakte und der Unterstützung in persönlichen und sozialen Fragen konzentrieren müssen. So war auch der Hauptinhalt der Einschätzung der Arbeit in der TIG geprägt aus dem Wissen, dass unser Kampf um Beseitigung des Rentenstrafrechtes nur im Frieden gelingen kann.

Viele unserer Mitglieder haben den Krieg erlebt und sehen in der weltweiten Aufrüstung eine Entwicklung, die Angst macht.

Jedes unserer Mitglieder sollte deshalb seinen ihm möglichen Beitrag zur Friedenserhaltung leisten. ISOR ist und bleibt auch in Zukunft eine Interessengemeinschaft.

*Wolfgang Bohlke,  
Vorsitzender TIG Dresden*

\* \* \*



Otto von Bismarck

\* \* \*

**Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.**

## NIE WIEDER! 80 Jahre nach dem Schwur von Torgau

Am 26. April 1945 trafen sich die Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, von den alliierten Streitkräften, aus den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, an der Elbe bei Torgau. Zwei Armeen von unterschiedlichster Struktur / gesellschaftlichen Systemen. Sie hatten sich verbündet, um den Hauptfeind der Menschheit, den Faschismus, niederzuringen. Die Soldaten schworen einander „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ zuzulassen. Damit der Wille der Soldaten von einst von den heute Regierenden nicht vergessen wird, ist die Zivilgesellschaft / Friedensbewegung herausgefordert, ihre Stimme im Sinne des Berliner Appells vom 03.10.2024, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung zu erheben.

**Der Deutsche Friedensrat e.V. und die Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. rufen alle „Friedenssüchtigen“ auf:**

**an unserer Friedens-Manifestation „NIE WIEDER KRIEG – FÜR FRIEDEN und ABRÜSTUNG“ „FRIEDENSFÄHIG STATT ERSTSCHLAGSFÄHIG“**



**am 26.04.2025 mit unseren russischen und amerikanischen Freunden, den Liedermachern Tino Eisbrenner und Sandro Schwarz, in Torgau an der Elbe teilzunehmen.**

**Als Mitfahrgelegenheit stellen wir für 20€/p.P. einen Reisebus.**

Abfahrt 09:00 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1 (nd-Bürohaus), Rückfahrt gegen 18:00 Uhr.  
**Anmeldung und Informationen über:**  
Bernd Mewes, Handy 0172 3831988  
Mail: friedensglockengesellschaft@web.de

### SPENDEN

gern auf das Konto der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.  
Postbank:  
IBAN: DE97 1001 0010 0026 4571 08,  
Verwendungszweck: Elbe Tag 25

## Video-Beiträge: BRD, „Völkerrecht“ und „Recht“

**„Völkerrechtswidriges NATO-Hauptquartier auf dem Territorium der DDR“  
von Hans Bauer**

Mit dem 2+4-Vertrag von 1990 wurde vereinbart, dass nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte keine ausländischen Streitkräfte auf dem Territorium der DDR stationiert oder dorthin verlegt werden. Mit der Einrichtung eines NATO-Hauptquartiers in Rostock wurde dieser historische Vertrag, Voraussetzung der staatlichen Einheit Deutschlands, in eklatanter Weise verletzt.



Siehe Video:  
<https://www.youtube.com/watch?v=s5RWsCRpfc4>

**„Politisches Unrechtsurteil gegen MfS-Mitarbeiter“  
von Hans Bauer**

Das Landgericht Berlin verurteilte einen ehemaligen Mitarbeiter des MfS wegen Mordes vor 50 Jahren zu einer langjährigen Freiheitsstrafe. Anklage und Urteil verletzen in mehrfacher Hinsicht Ansprüche an einen Rechtsstaat. Der DDR wird nachträglich das Recht abgesprochen, Terroristen unschädlich zu machen.



Siehe Video:  
<https://www.youtube.com/watch?v=X9VpsycyeLU>

# Reaktion auf den Leserbrief von Elvira Wittke in der Januar-Ausgabe 2025

Wir Mitglieder der Redaktionskommission unserer ISOR aktuell haben uns sehr über diesen bewegenden Brief der 90-jährigen Mitstreiterin Elvira Wittke aus Kolberg/ Polen gefreut.

Dieser Brief zeugt von der Verantwortung, die wir als Redaktion für unsere Mitglieder wahrnehmen.

Unsere Zeitung ist eben neben den vielen persönlichen Kontakten zu unseren Mitstreitern ein wichtiges Mittel der Kommunikation, gerade für Mitglieder, die nicht mehr körperlich in der Lage sind, an unseren Veranstaltungen teilzunehmen. Über diese Schiene bleiben sie mit uns in Kontakt.

Im Dezember 2024 hatte ich mit meiner Familie einen Kurzurlaub in Kolberg/ Polen gebucht.

Ich wollte es mir nicht nehmen lassen, den Versuch zu starten, Elvira persönlich aufzusuchen und ihr Danke zu sagen für ihre Verbundenheit zu unserem Verein und als aktive Leserin der ISOR aktuell.

Da Elvira in einem sicher bewachten Objekt ihr Zuhause hat, ist es uns nicht auf Anhieb leicht gefallen, zu ihr zu gelangen. Da der Sicherheitsdienst dieses Objektes gerade auf Kontrollgang war, hatte keiner auf unser Klingeln reagiert und Elvira ging auch nicht an ihr Handy. Wir hatten aber ein Ziel vor den Augen und wollten auf keinen Fall unverrichteter Dinge wieder losziehen. Ein Müllauto, welches durch das gesicherte Tor nach außen fuhr, machte es uns möglich, durch das dadurch geöffnete Tor in dieses Objekt zu gelangen und den Wohnsitz von Elvira zu erreichen.

Nachdem sie uns die Tür öffnete und wir uns vorstellten- mein Mann begleitete mich- konnte man ihr die Freude im Gesicht ablesen.

Ich habe es mir nicht nehmen lassen, im Auftrag des Vorstandes von ISOR Elvira die silberne Ehrennadel und damit



verbundene Urkunde für ihre langjährige Verbundenheit zu unserem Verband zu überreichen. Es war für mich sehr berührend, in ihre strahlenden Augen zu schauen, als sie die Auszeichnung entgegengenommen hat. Aber es hat mich ebenso bewegt, wie wichtig es für uns alle bleibt, die persönlichen Kontakte mit unseren Mitstreitern zu pflegen. Eine kleine Geste mit einer großen Wirkung.

Liebe Elvira, wir wünschen dir weiterhin beste Gesundheit und bleib uns weiter so treu verbunden.

*Anja Mewes, Vorstandsmitglied ISOR e.V.*

## Werte Genossen,

Als Friedenssoldat für immer (ehemaliger Grenzer, Offizier, Kommandeurslaufbahn, Hptm. a.D. an der vordersten Linie der damaligen Nahtlinie zwischen Ost und West im Raum Eisenach) - Angehöriger der Grenztruppen der DDR - möchte ich Sie kurz über mein heutiges Engagement für Frieden, Aufklärung und Veränderung informieren.

Seite vielen Jahren betreibe ich u.a. eine Anti-Faschismus-Website [Port Woling]. Sie dient insbesondere unter Jugendlichen dem Zweck:  
AUFKLÄRUNG -  
ANALYSEN -  
THESEN

» gegen systeminhärenten Faschismus, Militarismus, Revanchismus, Kriege, Machtmissbrauch, Desinformation, Grundrechteabbau

» für NEUE MODERNE & VOXPOPULI, Frieden, Menschlichkeit, Freiheit, Achtsamkeit, Vielfalt, Teilen, Nutzen für Alle  
» Hier ist Nichts KI-generiert

Meine Mission: » <https://www.port-woling.net/ueber>

Aktuell habe ich einen Beitrag ergänzt/veröffentlicht in Erinnerung an die beiden am 2. März 1951 bei Untersuhl (Gerstungen, Thüringen) ermordeten DDR-Grenzer Werner Schmidt (geb. 11.12.1931) und Heinz Janello (geb. 21.12.1931).

» <https://www.port-woling.net/aktionen/grenzer-gedenken-gedankenschwur>

Ggf. möchten Sie zur Website und dem aktuellen Beitrag eine Information im Rahmen Ihrer Möglichkeiten verbreiten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar.

*Wolfgang Kiessling, Hptm. a.D.*

## VERANSTALTUNGSHINWEIS



## Frieden mit Russland

### Konferenz des OKV e.V.

Datum: 24.03.2025, ab 16:00 Uhr

Ort: Bürgerhaus Neuenhagen,

Hauptstr. 2, 15366 Neuenhagen

Unkostenbeitrag: 10,00 Euro pro Person

Verbindliche Anmeldung und Bezahlung:

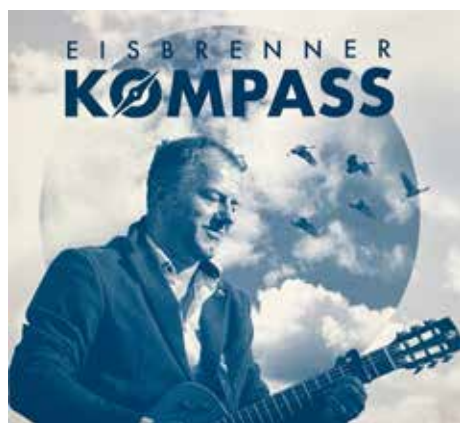
in der GS von ISOR bzw. GRH

oder überweisen Sie 10,00 Euro pro Person

auf das Konto des OKV

Volksbank: IBAN: DE33 1009 0000

2950 0940 04



## Tino Eisbrenner: KOMPASS // Das neue Album ist veröffentlicht



<https://www.deutsche-mugge.de/neuerscheinungen/331-januar/9861-tino-eisbrenner-kompass.html>

**Titel:**

„Der Welt ein liebes Lied“, „Keine Meile von hier“, „Wisse“, „Kraniche“, Der Sache auf den Grund“, „Friedenslied (Es wächst das Brot uns ...), „Auf jener namenloser Höhe“, „Dunkel der Nacht“, „Freundesbund“, „Dichtung und Wahrheit“, Brief aus Deutschland“

**Rezension**

i: Songpoet, Autor und Friedensbotschafter Tino Eisbrenner nimmt uns auf seinem 24. Album mit auf den musikalischen Schwingen zwischen Politik und Poesie, Dichtung und Wahrheit, deutscher und russischer Kultur. „Kompass“, so der Name des neuen Albums.

Ein starker, symbolischer Titel für die Suche nach dem (eigenen) Weg und die Orientierung im Leben. Auf Tinos Homepage steht in der Beschreibung zum Album: „Unterhaltung ist für mich die Kunst, unter Verdeutlichung meiner Haltung poetische Tiefe zu erlangen.“

Nur so kann ich der Gesellschaft ein Spiegel sein, dessen Bild nicht trägt. Nur so haben aus meiner Sicht Lyrik und Prosa einen Wert über den Abend, ja vielleicht über unsere Zeit, hinaus.“



## Wolfgang Bittner, Niemand soll hungern, ohne zu frieren

Seit 1945 befindet sich Deutschland im Zustand eines Waffenstillstands und gilt der Charta der Vereinten Nationen zufolge noch immer als Feindstaat. Das hindert die Bundesregierung nicht daran, einen waghalsigen Kurs zu fahren: So ist wieder die Rede von deutscher Führung, von Kriegstüchtigkeit und der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Zugleich werden Milliarden für immer mehr Waffen und den Stellvertreterkrieg in der Ukraine ausgegeben. Das wird gravierende Folgen haben, zumal sich global eine tektonische Verschiebung abzeichnet: Russland, China und viele Staaten des globalen Südens wenden sich gegen die stets auf den eigenen Vorteil bedachte Außenpolitik der USA, der sich die Berliner Regierung indes weiter verpflichtet fühlt. Aufgrund der wachsenden Kriegsgefahr bleibt Aufklärung über die Hintergründe das Gebot der Stunde. Denn so wie es ist, kann und wird es nicht bleiben. Wolfgang Bittner dokumentiert, analysiert und zeigt Perspektiven auf.

Verlag: zeitgeist  
Seitenzahl 280  
ISBN-10: 3943007545  
19,90 Euro

### IMPRESSUM

**Vorsitzender:**

Joachim Bonatz

**Postanschrift:**

ISOR e. V.  
Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin

**Herausgeber:** ISOR e. V.

Vi.S.d.P: Steffen Haupt

**Redaktion:** Steffen Haupt

E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de

**Vertrieb:** Peter Ott,  
isor-berlin@t-online.de

**Layout:** Ulrike Schiga,  
LibelleDeko

**Herstellung:**

Druckerei Gottschalk

**Internet:**

www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wählende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 21.01.2024  
**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 18.02.2025  
**Print- und Internetausgabe:** 04.02.2025

**Geschäftsführerin:** Anja Mewes

**Di:** 9-16 Uhr

**Mi:** nach tel. Vereinbarung

**Tel.:** 030 297843-16

**Fax:** 030 297843-20

**E-Mail:** isor-berlin@t-online.de

**Rente/Soziales:** Peter Ott

**Di:** 8-15 Uhr

**Tel.:** 030 297843-15

**E-Mail:** isor-berlin1@t-online.de

**Schatzmeister und Statistiker:**

Bernd Hartmann (Home-Office)

**Di:** Bürottermine nach tel. Vereinb.

**Mi:** 8-16 Uhr

**Tel.:** 03338- 750 76 92

**Fax:** 03338- 750 76 91

**E-Mail:** isor-finanz-stat@t-online.de

**Buchhaltung:** Sonja Franz,

**Mo-Do:** 8-15 Uhr

**Tel.:** 030 297843-19

**E-Mail:** isor-finanz2@t-online.de

**Bankverbind.:** Berliner Sparkasse

**IBAN:**

DE43 1005 0000 1713 0200 56

**BIC:** BELA2033

**Versand ISOR-Aktuell**

**per E-Mail:**

isor-aktuell-versand@t-online.de